

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Parckwald, Magdeburg. Verantwortlich für die Redaktion: Hugo Fabian, Magdeburg. Verlag von Ernst und Carbaum, Magdeburg. Druck von Franz 2 Nr. 129. Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Prämumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Annu 2 Mk. 50 Pf. In der Expedition und bei den Postämtern 2 Mk. 50 Pf. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Insektionsgebühr die sechsgehaltene Zeitungsnummer 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 8192

Nr. 129.

Magdeburg, Sonnabend den 6. Juni 1903.

14. Jahrgang.

„Erst wägen, dann wagen.“

Im Wahlkreise Neuhaldensleben-Wolmirstedt haben die Nationalliberalen jetzt zwei Flugblätter verbreiten lassen, deren eine das schöne Wort „Erst wägen, dann wagen“ als Motto führt. Das eine der Bülchlein gilt dem Militarismus, das andre dem Zollwucher; ersteres führt den Titel „Was danken wir unserm Heere und welche Ausgaben erfordert es“; das andre ist überschrieben „Die Wahlparole: Schutz der deutschen Arbeit in Stadt und Land.“

Ein kleines Zugeständnis wird von dem Verfasser der bei Ernst Siegfried Mittler u. Sohn in Berlin erschienenen Broschüren gemacht. Während zahlreiche der Flugblätter unserer Gegner die Ablehnung der militärischen Ausgaben durch die Sozialdemokratie auf unsere „vaterlandslose“ Gesinnung zurückführen, heißt es hier:

„Eine Niederlage käme der Zerkümmern des Deutschen Reiches, ja der Vernichtung des Deutschtums gleich. Jeder Vermehrung der Armee aber widerstehen sich die demokratischen Parteien, insbesondere aber die sozialdemokratische; denn das Heer dient allerdings nicht nur zur Verteidigung des Vaterlandes, sondern auch zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, zum Schutze des Thrones und des Eigentums.“

Die Schrift besitzt also nicht die Zusätze, uns nachzujagen, wir wollten das Vaterland schwächen, sondern führt treffend unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Militarismus nur darauf zurück, daß die Armee bislang „nicht nur“ zur Verteidigung des Vaterlandes dient. Was unsere Gegner unter „Ruhe und Ordnung“ verstehen, ist bekannt; es ist nichts andres als der Kadavergehörigkeit und die Knechtlichkeit der unterdrückten Klassen, auf daß sie sich selbst die ärgste Ausbeutung willenlos bieten lassen.

Eben weil der Militarismus auch dann noch „zum Schutze des Thrones und des kapitalistischen Eigentums“ bestimmt sein soll, wenn einmal auf gesetzlichem Wege Monarchie und privatkapitalistische Wirtschaftsweise nicht mehr aufrecht zu erhalten sind, stimmt die Sozialdemokratie außer verschiedenen andern Gründen gegen alle militärischen Ausgaben.

„Falsche Propheten“ seien es — so meint das Bülchlein —, welche sagen, der Krieg könne niemals aus der Welt verschwinden. Wer sich die Welt nicht anders als die „kapitalistische“ Welt vorstellen kann, mag dieser Ansicht sein. Die Kriege können nicht früher verschwinden, als die Ursachen der Kriege beseitigt sind. Die Gegenwart kennt nur noch eine wesentliche Ursache für die Kriege: Das Interesse des Kapitals treibt unter Umständen die Nationen zum Verzicht der Eroberung fremder Länder. Die Kapitalisten erheben dann die Funktion ausländischer Gebiete, um dorthin ihre Waren zollfrei einführen zu können, aber auf die Waren ausländischer Staaten hohe Zölle zu legen — oder sie wünscheln in dem gewonnenen Landesteile gewinnbringende Unternehmungen, z. B. Eisenbahnen, für das eigene Kapital zu errichten, aber fremdkapitalisten fernzuhalten. Dazu kommt, daß die Erfahrung lehrt, daß in Kriegszeiten die patriotische Wut noch mehr herrscht als sonst und das Klasseninteresse des Proletariats beschwichtigt. Mächtigen Persönlichkeiten schmeichelt es ebendenn, als Vertreter ihres Reiches zu gelten und ihr Herrschergebiet zu vergrößern.

Wenn in irgend einem Lande der Welt das sozialdemokratische Proletariat die Macht erlangt hat, ist zu hoffen, daß die Propaganda des Erfolgs den internationalen Sieg des Proletariats vorbereiten wird; dann aber werden die Völker die Waffen niederlegen können, weil jedes Interesse am Kriegsführen beseitigt ist. — Bis dahin werden wir Sozialdemokraten wahrlich bessere Vaterlandsverteidiger sein wie die Herren aus den beständigen Klassen, wir lehnen aber die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsordnung ab, welche die Nationen aufeinander hetzt und dadurch die Kriegesgefahr zu einer ständigen macht.

Unrichtig ist ferner, wenn die Broschüre behauptet, wir Sozialdemokraten wollten unser stehendes Heer durch eine Miliz „nach dem Muster der schweizerischen“ ersetzen. Um unser Vaterland stark zu machen und aus volkswirtschaftlichen Gründen erstreben wir vielmehr die militärische Jugenderziehung, die man in der Schweiz nicht kennt. Um die Söhne der Arbeiterschaft für ihr späteres hartes Tagewerk körperlich auszubilden und die Wehrkraft Deutschlands zu steigern, wollen wir schon in der Volksschule mit der militärischen Ausbildung beginnen lassen. Turn-, Schwimm-, Marsch- und Gefechtsübungen während der Schuljahre halten wir für unerlässlich, damit das deutsche Volk, wenn es wirklich jemals überfallen werden sollte, ebensolche Heldenmatten aufweisen kann wie die in solcher Weise gestählten Buren.

Wir verlangen aber, daß die übergroße Zahl von 24 359 Offizieren und 81 097 Unteroffizieren auf 495 500 Gemeine erheblich vermindert wird. Auf je 20 Soldaten ein Offizier, auf je 6 Soldaten ein Unteroffizier bedingt kolossale Ausgaben. Eine Verkürzung der Dienstzeit auf etwa ein halbes Jahr würde die Last der Dienstzeit erheblich vermindern; wenn außerdem der Vordienst beseitigt wird und die Abkommandierungen zu landwirtschaftlichen Diensten nicht mehr zugelassen werden, wird die Armee in einer Weise erstarkt, daß gerade diejenigen zufriedengestellt sein sollten, die immer betonen, unser Heer sei noch nicht groß genug.

Freilich läßt sich die Volkswehr gegen den „inneren“ Feind nicht verwerten, weil das Milizsystem vorschreibt, daß jeder bei seiner Dienstentlassung seine Waffe mitbekommt. Daher hauptsächlich der Born unserer Gegner gegen die Idee der Volkswehr.

Im Schluß heißt es in der Broschüre u. a.: „Unsere Regierung wird nur das Notwendigste von dem neuen Reichstage fordern.“ Wie falsch das ist, erhellt schon daraus, daß die Regierung im Jahre 1898 7006 Mann mehr verlangte, als schließlich bewilligt wurden. Natürlich waren die Nationalliberalen bereit, sofort alles zu genehmigen; nachher hat aber die Regierung zugegeben, daß der Reichstag auch ohne jene 7006 Mann so viel bewilligt hat, wie notwendig war. Der Bundesrat mußte eingestehen, mehr gefordert zu haben, als notwendig erschien.

Auf die Frage der Zollpolitik, welche die andre Broschüre behandelt, verlohnt es sich höchstens noch kurz einzugehen. Um für den nationalliberalen Herrn Hofang Propaganda zu machen, heißt es z. B.:

Keine Behauptung kann törichter sein als die, daß die Fabrikarbeiter kein Interesse an den Agrarzöllen hätten. Das platte Land ist der beste Käufer für die Industrie, und ebenso ist die Industrie die beste Käuferin für die Landwirtschaft. Der Fabrikarbeiter sollte ferner bedenken, daß ein weiteres Einströmen der Landbevölkerung in die Städte und Industriebezirke nur dazu dient, nicht allein die bisherige Höhe seines Lohnes, sondern sogar seine Beschäftigung in Frage zu stellen.

Dem gegenüber sei daran erinnert, daß nach der offiziellen Wahlschrift der Nationalliberalen, sobald die Regierung den beschlossenen Zolltarif in Kraft treten läßt, die Lebensmittelpreise unerschwinglich werden und die Schornsteine aufhören zu rauchen.

Wirksam Schutz der deutschen Arbeit in Stadt und Land erstrebt nur die Sozialdemokratie. Wenn die Wähler ernstlich der Parole folgen: „Erst wägen, dann wagen“, dann kann es uns keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Sieg unser ist und nicht den Anhängern des Zollwuchers und des Militarismus zufällt. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 5. Juni 1903.

Ein „Gegenjas“ zwischen Singer und Vollmar

beijährigt zur Zeit die bürgerliche Presse, welche eine angebliche „Unstimmigkeit“ in der Auffassung zwischen Vollmar und Singer in Bezug auf unsere Stellung zur Handelspolitik entdeckt haben will. Wir lassen die tatsächlichen Feststellungen zunächst nach dem „Vorwärts“ folgen. Singer soll in Kottbus gesagt haben:

„Ich bin ernüchtert, heute im Namen der gesamten Fraktion zu erklären, daß wir keinem Handelsvertrag zustimmen werden, der eine Erhöhung der Lebensmittelpreise oder Herabsetzung der Arbeitsfähigkeit des Volkes im Gefolge haben würde.“

Dagegen soll Genosse Vollmar am letzten Sonnabend in Darmstadt gesagt haben:

„Ich habe schon in München öffentlich erklärt, die Worte Singers können unmöglich so gelautet haben. Unser ganzes Bestreben wird und muß auch naturgemäß dahin gerichtet sein, gute Handelsverträge zu finden zu bringen, jede Verschlechterung der bisherigen zu bekämpfen und zu sorgen, daß von den im Zolltarif enthaltenen Verschlechterungen möglichst wenig in die künftigen Handelsverträge übergeht. Die ungenügende Stellungnahme müsse dementsprechend vorbehalten bleiben.“

Ueber die Äußerung Vollmars liegt uns bisher kein beglaubigter Bericht vor. Genosse Singer aber schreibt dem „Vorwärts“ von einer Klugationsstour:

„Die liberal-bürgerliche Presse verbreitet eine Notiz, in der behauptet wird, ich hätte in einer Versammlung in Kottbus namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärt, die Fraktion werde keinem Handelsverträge zustimmen, die auf Grund des neuen Zolltarif-Gesetzes vereinbart seien.“

Diese Mitteilung ist insofern irrig, als ich bei dieser Gelegenheit nicht von Handelsverträgen, die auf Grund des neuen Zolltarif-Gesetzes abgeschlossen werden sollen, gesprochen — sondern angedeutet habe:

„daß nach meinem Dafürhalten die Fraktion keinem Handelsverträge zustimmen konnte, durch den Lebenshaltung sowie Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterklasse verschlechtert und vermindert wird. Und dabei bleibe ich.“

Paul Singer.“

Diese Erklärung Singers stimmt überein mit der Auffassung der ganzen Fraktion und auch Genosse Vollmar kann nichts andres gesagt haben. Ueber die Frage herrscht überhaupt gar kein Streit und gar keine Dunkelheit. Unsere Stellungnahme ist gekennzeichnet durch den einseitigen von der Fraktion angenommenen Passus des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes:

„Dieser neue Zolltarif ist in unsern Augen ein Produkt der Ungeheuerlichkeit und der Barbarei. Ungeheuerlich durch die Formen, unter denen er zu Stande kam, barbarisch durch die Zollsätze, die er insbesondere für die notwendigen Lebensmittel enthält, die eine Plünderung und Ausraubung der großen Mehrheit der Nation zum Vorteil einer begünstigten Minderheit bedeuten.“

Auf Grund dieses neuen Tarifs günstige Handelsverträge für Deutschlands Industrie und für die auf den Kauf von Agrarproduktion angewiesene ungeheure Volksmehrheit zu erhoffen, ist ausgeschlossen.

Als entschiedene Anhänger einer Handelsvertragspolitik, die den Austausch von Waren und Kulturmitteln mit allen Völkern der Erde nach Möglichkeit erleichtert, müssen wir aber Handelsverträge, welche auf Grund des neuen Zolltarifs abgeschlossen, unsere Handelsbeziehungen mit dem Ausland und die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung verschlechtern, aufs entschiedenste bekämpfen.“

Diese unzweideutige Stellungnahme unterscheidet uns scharf von dem gemeingefährlichen volksparteilichen Zolltreiben, die „Handelsverträge um jeden Preis“ zu akzeptieren. Nirgend in der Partei besteht ein Anlaß, diese Haltung aufzugeben.

An diese dem „Vorwärts“ entnommene treffende Darstellung des angeblichen „Zwistes“ zwischen Singer und Vollmar knüpfen wir zur Erweiterung unserer Leser noch folgenden Triumphgejang des freikonserватiven Herrn Arendt im „Tag“:

„Die Gefahr ist dank der Bebel-Singerischen Weisheit so gut wie vorüber, daß die Handelsverträge uns in eine innere Krise stürzen. Die Regierung kann ohne die gemäßigten Rechte eine Mehrheit im Reichstage für die neuen Handelsverträge nicht mehr finden, die Drohung einer Reichstagsauflösung aber ist ebenfalls zum leeren Phantom geworden. Wenn die Handelsverträge fallen, so wird Rechte, Linke und Zentrum bereit dazugeben — wie will man da auflösen? ... Da die Handelsverträge nicht fallen dürften, so müßten sie deshalb so abgeschlossen werden, daß die Zolltarifmehrheit ihnen zustimmen kann.“ Mit den Sozialdemokraten seien Handelsverträge gegen die Rechte denkbar gewesen, ohne die Sozialdemokraten nicht. Die Sozialdemokraten verdienen unsere vollen Dank dafür, daß sie die Rechte zum ausschlaggebenden Faktor machen. Zudem die Regierung das jetzt schon erfährt, wird sie ihre Maßnahmen danach treffen können, unterläßt sie das, so ist es ihre eigene Schuld. Löst die Regierung ihre Zusagen namentlich bezüglich der Viehzölle nicht ein, so ist die Ablehnung der Handelsverträge völlig zweifellos. Man kann das nicht laut und nicht ausdrücklich genug aussprechen, um Unheil zu vermeiden.“

Wir Sozialdemokraten werden uns natürlich unter keinen Umständen der konservativen oder der liberalen Handelspolitik dienstbar machen. Weder die Parole „Unter keinen Umständen Handelsverträge“, noch die Losung „Handelsverträge um jeden Preis“ werden wir befolgen. Als Ziel verfolgen wir die möglichste Aufrechterhaltung der bisherigen Handelspolitik und werden deshalb solche Handelsverträge bekämpfen, welche den Namen „Handelsverträge“ nicht verdienen. Wohl aber werden wir für Handelsverträge eintreten, deren Abschluß sich in den Bahnen der bisherigen Politik bewegt. —

Auslieferung wegen Majestätsbeleidigung aus der — Schweiz.

Wie wir andern Parteiblättern entnehmen, ist kürzlich der unerhörte Fall vorgekommen, daß ein deutscher Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung durch einen schweizerischen Polizisten rechtsmüßig an die badischen Behörden ausgeliefert worden ist. Die von schweizerischen Parteiblättern an die heimischen Behörden gerichtete Erwartung, daß hier der Bundesrat einschreiten werde, ist bisher ohne jede Rückantwortung aus Bern geblieben. Die Organe der Schweizer Sozialdemokratie erinnern daher an einen ähnlichen Vorgang, bei dem der Bundesrat der Eidgenossenschaft seine volle Schuldigkeit tat.

Es war die Zeit des Sozialistengesetzes in Deutschland, des „Sozialdemokrat“ in Zürich und der lebhaften geheimen Schriftenverbreitung aus der Schweiz über die Grenze. Ein Genosse in Zürich hatte sich auf die Strümpfe gemacht, um eine Mission in Oesterreich auszuführen. Als er die Grenzbrücke überschreiten wollte, hielten ihn die österreichischen „Grenzer“ an, um ihn zu verhaften, er aber machte eine Wendung und lief über die Brücke zurück, in die Schweiz, hinter ihm her die österreichischen Grenzer. Schweizerische Grenzer hielten nun unsern Genossen auf, packten ihn und lieferten ihn ihren österreichischen Kollegen aus. Unser Genosse, der auf sich verbundene Schriften trug, kam ins Gefängnis und sah seiner Verurteilung entgegen. Da wurde von Zürich aus die Intervention des Bundesrates angerufen, da es sich um einen ungesetzlichen und völkerrechtswidrigen Verhaftung handelte. Der Bundesrat reklamierte bei der österreichischen Regierung und zwar mit Erfolg, so daß unser Genosse freigelassen wurde.

Der Fall in Rheinfelden, bei dem ein badischer Beamter auf Schweizergebiet eine Unthat begangen und es sich in der auf Schweizergebiet begangenen Majestätsbeleidigung um ein Vergehen handelt, das das schweizerische Strafrecht nicht kennt, das ferner kein Auslieferungsbefehl ist, liegt noch viel schlimmer, als der von uns angeführte Fall und es ist daher das Einschreiten des Bundesrates dringend geboten, soll die Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes keine leere Fiktion, kein Gegenstand des Spottes des Auslandes sein.

Das Völkerrecht erfordert, daß selbst ohne direktes Eingreifen des Schweizer Bundesrates der rechtswidrig verhaftete deutsche Arbeiter freigesprochen und in die Schweiz zurückgebracht wird. Das Deutsche Reich hat kein Recht, die Freiheit oder Unantastbarkeit eines ausländischen Beamten auszusagen, sondern darf nur diejenigen Personen, welche sich im Ausland nach deutschen Gesetzen strafbar gemacht haben, strafrechtlich verfolgen, welche auf Grund der Gesetze des Staats, dessen Asylrecht sie genießen, ausgeliefert wurden. Die Unkorrektheiten ausländischer Beamter sich zu nutz machen — das ist, so sollten auch die Monarchisten zugeben, eines geisteten Staats durchaus unwürdig.

Deutschland.

Berlin, 5. Juni. Aus Böhmen wird, der „B. Z.“ zufolge, beim Böhmenwahltag in Aueung gebracht werden, die Wörze am Tage der Reichstagswahlen, 16. d. Mts., ausfallen zu lassen.

Der Justizminister plant die Errichtung eines neuen Oberlandesgerichts in Düsseldorf.

Die „größte Schandtat“ von Berlin.

Der bayerische Ministerpräsident Herr v. Bodewitz hat nach seiner Rückkehr aus Berlin einem Vertreter des „Berl. Post.“ erklärt: Die größte Schandtat Berlins für jetzt sei das Heim des Reichstagskanzlers — die „wunderbar geschmackvolle Mischung von modernem, klassischem und italienischer Renaissance“, wie der Ministerpräsident ausdrückte. „Überhaupt eine wunderschöne Sache“, wie Herr v. Bodewitz sagte, „so etwas von fernher her zu bringen macht ihr niemand nach. Im Winter müßte die Kaiserpalast eben mit drei Störchen und anderen versehen werden.“ — Graf Bülow dürfte demnach, falls er seinen jetzigen Posten verliert, als Defektor nicht ungeeignet sein.

Mutter Maria — eine Pfarrersköchin.

Der Exequir Freiherr von Berlichingen, der nur wegen des Fehlungsbefehls aus dem Orden austrat, predigte in Würzburg bei einem Abendgottesdienst zu Ehren der „Mutterkönigin“ Maria nach der „Angl. Abndg.“ über die Mutter Jesu wie folgt:

Herrn! Die heilige Maria Frau Jesu, um mehr andern für ihn zu tun und ihm die Sünde zu vergeben. Maria war nicht anders als eine Sterbliche.

Weiter meinte der Prediger, es gelte ihm sehr, sich herauszugeben dem Herrn einer Pfarrersköchin zu werden. — So der Herr der Pfarrersköchin wirklich so viele Gebete im sich schickte, auch die samstliche Theologienoffenasser vertragen mit mir.

Ein württembergischer Minister gegen die Agrarier.

Der württembergische Minister des Innern v. Büchel stellte nach der „Frankf. Zig.“ fest, daß die hiesigen Forderungen des Bundes der Landwirte unzulässig weitergehende seien, als die vor drei Jahren von den landwirtschaftlichen Gewerkschaften ausgesprochenen Wünsche, die ihre Verankerung im Reichstag finden können. Das alles ist nicht möglich, daher kommen, daß die Lage der Landwirtschaft nicht besser werden soll. In der Hauptsache aber besteht es für die die Agrarier, daß der Markt mit dem Getreide, und die Vorkaufkraft der Landwirte bei durch die Reaktionen der besetzten Reichstags der Bundes der Landwirte gewachsen. Dem Frieden ist es nicht möglich, solche öffentlichen Agitationen zu betreiben, die keine Verankerung, sondern die Forderung der Gewerkschaften sind. — Es ist notwendig, daß die Agrarier die Forderungen der Landwirte nicht weiter gehen lassen, als daß die Landwirtschaft vorwärts zu entwickeln und ihren Nutzen steigern.

Ein Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten. Der Säuerkrieg haben wir noch zu erwarten.

Der „grobe Unfug“ des Malers. Das Münchener Schöffengericht verurteilte am Donnerstag den Maler Theodor Heine und den Redakteur Linnefogel vom „Simplicissimus“ wegen Verübung groben Unfugs durch das Bild „Safandenerziehung“ zu je 30 Mark Geldstrafe. Auch wurde auf Vernichtung der Platten und Druckvorläufe erkannt.

Erit hieß es, der Staatsanwalt habe wegen Verbreitung „unzüchtiger“ Schriften. Dann wäre Heine aber nach dem bayerischen Gesetz vor ein unabhängiges Gericht gekommen und sicher freigesprochen worden.

Wenn auch jene Bildstrafe nur eine Reklame für den „Simplicissimus“ war, so ist es doch jeder Gerichtspräsident zu wünschen, daß ein Strafparagraf besteht, der schließend gegen jede ähnliche Handlung angewandt werden kann.

Oesterreich-Ungarn.

Die Unruhen in Agram.

Während der Pfingstferien ist es in Agram zu heftigen Szenen gekommen: Gruppen von Studenten und jugendlichen Leuten durchzogen die Stadt und demolirten die Fenster verschiedener öffentlicher Gebäude. So wurden am Palais der Staatsverwaltung der Staatsbahnen, im ungarischen Kasino, in der Redaktion der „Agramer Zeitung“ und in den Wohnhäusern verschiedener höherer Beamten fast alle Fenster derselben einwärts zertrümmert. Solche Vorgänge wurden die ganze Garnison aufgeregt, die Straßenkreuzungen wurden militärisch besetzt, und starke Patrouillen durchzogen die Straßen der Stadt und deren Umgebung. Am Abend niederbrannten sich trotzdem die Laternen, Laternen wurden ausgeplündert und das Militär mit Stöcken beworfen. Der kommandierende Offizier der mit dem Waffengebrauch gedroht haben, doch kam es glücklicherweise nicht zu einer Katastrophe. Schließlich wurde die Ruhe wieder hergestellt, namentlich dadurch, daß um 9 Uhr sämtliche öffentliche Lokale geschlossen wurden. Drei Personen erhielten schwere Verletzungen, darunter ein 16-jähriger Bachmann. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, darunter befindet sich die Sozialistin Marianne Juricz. Die Garnison ist verächtet worden.

Unruhen in Budapest.

Nach einer Budapest-Depesche des „Post.“ hatten in Theresienstadt die Geschäftsinhaber beschlossen, ihre Geschäfte mittags 2 Stunden und abends um 7 Uhr ganz zu schließen. Da einige Geschäfte über diese Zeit hinaus offen hielten, zerschmetterte am Mittwoch die Menge deren Schaufenster. Die Polizei mußte, da die Menge gegen sie Stellung nahm, mit der blanken Waffe vorrücken. Von berittenen Polizisten wurde die tausendköpfige Menge zerstreut. Ein Kaufmann wurde blutig geschlagen. Mehrere Personen sind verhaftet.

Sulgarien.

Von der makedonischen Bewegung.

Der „Post.“ wird aus Sofia gemeldet: Dieser Tage ist der Redakteur des makedonischen Organs „Prava“, der frühere Sozialdemokrat Dr. Kamenov, an der Spitze einer Gruppe in Bulgarien eingetroffen. Zwischen dem Ministerpräsidenten und den Führern der makedonischen Bewegung über die Beziehungen zwischen Bulgarien und Mazedonien ist die makedonische Bewegung ist. Der Inhalt der Verhandlungen wird geheim gehalten.

Der makedonische Reichstag. Der Vorred des Reichstages ist ein Dokument, das die makedonische Bewegung und die makedonische Bewegung ist. Der Inhalt der Verhandlungen wird geheim gehalten.

Albanien.

Die Bewegung.

Die Bewegung in Albanien ist ein Dokument, das die makedonische Bewegung und die makedonische Bewegung ist. Der Inhalt der Verhandlungen wird geheim gehalten.

Die Bewegung in Albanien ist ein Dokument, das die makedonische Bewegung und die makedonische Bewegung ist. Der Inhalt der Verhandlungen wird geheim gehalten.

Die Bewegung in Albanien ist ein Dokument, das die makedonische Bewegung und die makedonische Bewegung ist. Der Inhalt der Verhandlungen wird geheim gehalten.

halten, aus der Voraussetzung, sie auf einem gegenseitigen Handel zwischen Nationalliberalen, Konservativen und dem Bunde der Landwirte beruht.

Es gibt also doch noch Männer in der freisinnigen Volkspartei, welche nicht der verräterischen Führung Eugen Richters folgen.

Soziales.

Das neue Phosphorgesetz.

Die „Volkst. Zeitschr.“ für prakt. Arb.-Verh.“ schreibt: In der Sitzung vom 27. April hat der deutsche Reichstag das neue Phosphor-Gesetz ohne Debatte angenommen; damit vertritt Deutschland eine Bahn, auf welcher andre Länder bereits seit längerer Zeit mit Erfolg vorangegangen sind. Der Kampf gegen die Phosphorergiftung weist in den meisten europäischen Staaten zwei deutlich voneinander geschiedene Phasen auf. Nachdem man eingesehen hatte, daß die Erwartung, der rote magtastische Phosphor werde den weißen aus der Zündholzfabrikation verdrängen, sich nicht erfüllte und die Phosphorergiftlichkeit sich unter den Heimarbeitern der Zündwarenindustrie immer mehr ausbreitete, ergriff man in den beteiligten Ländern eine Reihe von Maßregeln zum Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter. Diese Maßregeln verfolgten die Absicht, durch Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen, durch Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen, durch Anordnung der Werkstätten-Hygiene usw. die Phosphorergiftlichkeit nach Möglichkeit einzuschränken. Man sah aber bald ein, daß derlei Maßnahmen die Erkrankungen nur um ein geringes vermindern und deshalb wurde es zu einer Forderung der Sozialpolitik, die Benutzung des weißen Phosphors zur Streichholzfabrikation gänzlich zu verbieten. Die Erfahrungen, die man in Frankreich, in Dänemark, in der Schweiz, in Rumänien mit dem Verbot des weißen Phosphors gemacht hat, sprechen dafür, daß dasselbe nicht nur seinen hygienischen Zweck erreicht, sondern sich auch ohne jede rechtliche oder wirtschaftliche Schwierigkeiten durchführen läßt. In Deutschland hat man sich in Rücksicht auf die zweifellos vorhandene Vorliebe des Publikums für ein überall entzündbares Streichholz den Erwerb eines bisher geheim gehaltenen Verfahrens gesichert, mit welchem Streichhölzchen hergestellt werden können, die sich überall anzünden lassen, ohne den giftigen weißen Phosphor zu enthalten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Juni 1903.

In der Stadtverordneten-Versammlung.

murden gestern in der Hauptsache nur geschäftliche Angelegenheiten erledigt, die schnell von statten gingen. Der interessanteste Punkt war wohl der betr. des Darlehens von der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Während diese Anstalt früher ähnliche Darlehen anstandslos bewilligt hatte, machte sie diesmal, da es sich um den Bau von Arbeiterwohnungen handelt, unter Stellung von allerlei „Bedingungen“ Schwierigkeiten. Diese Anstalt, die lediglich mit dem Gelde der Versicherten, nicht aber mit ihrem eigenen Gelde wirtschaftet, stellt sich damit direkt auf die Seite der arbeitereindlichen Hausbesitzer. So es dürfte überhaupt dem reaktionären Einfluß der Letzteren zuzuschreiben sein, daß sich die Landesversicherungsanstalt plötzlich auf ihre „Vorlicht“ besinnt. Ein häßlicher Ausfall gegen die Sozialdemokratie vom Stadtverordneten Schneider wurde vom Genossen Haupt sofort angefaßt. Stadtv. Stern erwies sich gestern als derjenige, der die Sachlage klar durchschaute und er beantragte, die Vorlage einfach dem Magistrat wieder zurückzugeben, was schließlich fast einstimmig geschah. Allerdings besteht jetzt die Gefahr, daß die sehr wenig fortschrittlich geleitete Landesversicherungsanstalt das Darlehen nunmehr überhaupt nicht hergibt. Wenn dann keine Arbeiterwohnungen gebaut werden können, hat man das dem reaktionären Vorstände der Landesversicherungsanstalt zu verdanken!

Herr Kaufmann Alfred Sengebusch schreibt uns folgenden Brief:

Hierdurch möchte ich Sie höflichst gebeten haben, betreffs des Berichtes in Ihrer heutigen Nummer über die Versammlung in der „Reichs-Zeitung“ eine kleine Berichtigung zu bringen.

Sie schreiben: „Herr Sengebusch war, obwohl seine Ausführungen zum Widerstand geradezu reizten, mit keinem Wort unterbrochen worden.“

Der Ausdruck „zum Widerstand reizten“ wird von den Lesern Ihres Blattes, welche nicht in der Versammlung anwesend waren, unbedingt mißverstanden werden.

Hiernach muß jeder Leser in den Glauben verlegt werden, daß ich in unangenehmer, aufreizender Weise gegen Ihre Partei vorgegangen bin.

Alle Anwesenden werden indessen gegessen, daß ich in jeder Hinsicht, ruhigen Verstandes meine Reden nur aus dem Interesse heraus auszusprechen suchte, ohne irgendwelche ausfallend zu werden. Daß meine Rede dabei z. B. nicht mit denen der Versammlung übereinstimmend anders nichts daran, daß ich ruhig und sachlich geblieben bin.

Dem Vorortus hat dies ja auch in der Versammlung zu bemerken gebracht.

Audem ist mich der Hoffnung hingeden, daß Sie meine Berichtigung bringen werden. Ich bin.

Gebührend

Alfred Sengebusch

Herr S. hat meine Leser außerordentlich niedrig eingeschätzt, wenn er meint, daß sie meine Worte in feiner Weise auslegt hätten. „Zum Widerstand reizten“ heißt doch nichts anderes, als daß seine — des Herrn S. — Ausführungen denen der Versammelten direkt entgegenstanden! Ist es doch ganz klar, daß es zum Widerstand reizt, wenn in einer sozialdemokratischen Versammlung ein Gegner der Aufhebung der Dreijährigkeit einseitig das Wort ergreift. Man würde nicht von der Obrigkeit der Sozialdemokraten, wenn es trotzdem diesen Gegner ruhig überlassen. Der „unangenehme, aufreizende“ Redeweise kann daher ganz und gar keine Rede sein.

Die Magdeburger Gewerkschaften im Jahre 1902.

Die ärgste Zeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise scheint hinter uns zu liegen. Der Arbeitsmarkt belebt sich wieder und für die Gewerkschaften ist die Zeit zu nützlicher Arbeit wieder günstiger. Im Jahre 1902 erreichte zweifellos die allgemeine Beschäftigungslosigkeit den tiefsten Stand. Bei der Verteilung des gewerkschaftlichen „Soll und Haben“ im verfloßenen Jahre muß dieser Umstand ganz besonders berücksichtigt werden. Leuerung der Nahrungsmittel und Mietssteigerung gesellte sich zu den Lohnreduktionen und der Arbeitslosigkeit. Es war ein schlimmes Jahr, das den alten Erfahrungssatz bestätigte, daß jede Wirtschaftskrise unserer famosen Produktionsform zugleich die Kosten der Lebenshaltung erhöht, wä hoppelte Leiden und die Folgen dieser kapitalistischen Sünden fast allein tragen. Wenn trotzdem die Gewerkschaften ungechwächt aus der bösen Zeit hervorgingen und einige sogar ihren Bestand vermehren konnten, so ist das ein Beweis für ihre Lebenskraft und eine Gewähr für ihre Zukunft.

Zu unserm Bedauern können wir für 1902 eine Gesamtübersicht über die Kasseneinstellungen der hiesigen Organisationen nicht geben. Der Nationalökonom wird aber trotzdem in den kurzen Skizzen, die wir über die Tätigkeit der modernen Gewerkschaften nachstehend geben, bei objektiver Beurteilung finden, in wie hohem Maße schon gegenwärtig trotz aller Bedrängnis die Organisationen der Arbeiter ordnend in den Produktionsprozeß eingreifen, welche hohen sozialen Aufgaben sie erfüllen, und er wird nicht umhin können zu schlussfolgern, in welcher eminenter Weise sich diese Tätigkeit vermehren und nützlicher gestalten mußte, wenn man den Gewerkschaften dieselbe Bewegungsfreiheit geben würde, die die Unternehmer-Koalitionen selbstverständlich genießen und im entgegengesetzten Sinne benutzen. Freie Bahn!

Das Gewerkschaftskartell Magdeburg

hat ein ereignisreiches Jahr hinter sich. Am 1. Februar 1901 wurde dasselbe zur Erfüllung der so dringenden sozialen Aufgaben gegründet. Diese Gründung stieß auf den Widerstand der Maurer-, Bauarbeiter- und Zimmerer-Organisationen, die sich von der Wirksamkeit des Kartells keine Erfolge für die Arbeiterschaft versprachen. Das Kartell machte es sich zur Aufgabe, die gewerkschaftliche Agitation zu fördern, wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiter zu unterstützen, statistische Erhebungen zu pflegen, die Arbeiterschutz-Gesetze und deren Anwendung zu überwachen, die Wahlen zu der gewerblichen Rechtsprechung zu organisieren, die Wahlen zu den Körperschaften der Arbeiterbevölkerung vorzubereiten und alle im gewerkschaftlichen Interesse liegenden gemeinsamen Aufgaben auszuführen. Es sollte der Sammelpunkt der gewerkschaftlichen Kraftentfaltung sein. Ob und wie dasselbe bislang diese Ziele erreichen konnte, kann hier nicht erörtert werden. Vieles hätte besser ausgeführt werden können, wenn nicht das Abseitsgehen der oben genannten Organisationen störend gewirkt hätte.

Am Schluß des Jahres 1902 gehörten 37 Organisationen mit 40 Zahlstellen (Zirkeln) und 7435 Mitgliedern dem Kartell an. 6 Organisationen mit 1690 Mitgliedern fanden dem Kartell fern. Die Zahl der in Magdeburg domizilierenden Gewerkschaftsmitglieder betrug also 9025. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß in den umliegenden Orten noch eine Anzahl Organisationen Zahlstellen haben, deren Mitglieder in Magdeburg arbeiten. Diese sind in obiger Zahl nicht enthalten. Alles in allem dürften 11 000 Magdeburger Arbeiter in modernen Gewerkschaften organisiert

sein. Die Organisation der Töpfer erklärte im November ihren Austritt ohne Angabe von Gründen. Ebenso schieden die Schneider aus, weil in einer Streitfrage mit einem hiesigen Konfektionär, in welcher das Kartell auf Anrufung entscheiden mußte, die mit der Untersuchung der Angelegenheit Beauftragten den Anforderungen der Organisation nicht entsprechen konnten. Ob die Befürworter des Austritts sich wohl überlegt haben, inwieweit immer die persönlichen Empfindungen sich dem allgemein Nützlichen unterordnen haben, erscheint fraglich. Mit Schluß des Jahres erklärte auch die Zahlstelle des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes ihren Austritt; finanzielle Gründe sollen diesen Beschluß veranlaßt haben. Dagegen schlossen sich die neu gegründeten Zahlstellen des Handlungsgehilfen- und -Gehilfinnen-, Schiffszimmerer- und Krankentassenbeamten-Verbandes dem Kartell an. Wiederholt mußte der Kartellvorstand bei Arbeitslosigkeit eingreifen. 8 öffentliche Gewerkschafts-Versammlungen und 14 Kartellzählungen fanden im Berichtsjahre statt. 2 Arbeitslosen-Zählungen und 3 Arbeitslosen-Versammlungen wurden veranstaltet. Die Vorarbeit für die Wahlen der Arbeitnehmer-Vertreter zur Feststellung der Unfallversicherungs-Vorschriften war eine zeitraubende. Eine Anzahl Krankentassenvertreter-Wahlen konnten ebenfalls durch das Kartell vorbereitet werden. Der Arbeitsnachweis und das Auskunfts-Bureau wurde mit dem 30. Juni geschlossen und an dessen Stelle ein Gewerkschaftssekretariat errichtet. Wie alles Neue, so hatte auch dieses Institut am Anfang mit vielen Anipathien zu kämpfen. Es scheint jedoch eine Besserung eingetreten zu sein. Jedenfalls ist die Schließung des alten und die Errichtung des neuen Instituts eine wesentliche Etappe in der Geschichte der Magdeburger Gewerkschaften. Vereinnahmt wurden vom Kartell im Berichtsjahre 3077,56 Mark, vorausgibt 2923,88 Mark. Darunter sind 815 Mark, die für Wahlen, Arbeitslosen-Zählungen, Bildungs-zwecke usw. verwendet wurden.

Bäder.

Die Zahlstelle der Bäder zählte am Schluß des Jahres 1901 45 Mitglieder. Im Berichtsjahre entwickelte sich die Organisation kräftig, so daß ultimo 1902 95 Mitglieder verzeichnet wurden. Anerkennung verdient die zähe Arbeit dieser Organisation, die in kleinen Bädereien beschäftigt, bekanntlich sehr rückständigen Gesellen zu organisiert. Diese Arbeit war nicht ohne Erfolg. Durch das Wirken der Zahlstelle stiegen die Wochenlöhne um 1 Mark. Die im Konsumverein Neustadt beschäftigten Bäder hatten die Bezahlung der Feiertage verlangt. Diese Forderung wurde bewilligt, auch die üblichen Sommerferien wurden um zwei Tage verlängert. Die verlangte Lohnaufbesserung mußte noch zurückgestellt werden. — Die

Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

zählten am Jahresschluß 1902 421 Mitglieder. Diese Organisation gehört dem Kartell nicht an. Durch Meinungsverschiedenheiten nicht sachlicher Art kam es im Berichtsjahre zu einer Spaltung. Eine Lokalorganisation gründete sich unter dem Namen „Freie Vereinigung der Bau-, Erd- usw. Arbeiter“. Die Erzielung der Mitglieder zum sachlichen Beurteilen der Dinge und ein Ueberfließen von sozialem Empfinden sind gewiß schuldlos an diesem bedauerlichen Zwist. Von der Zentralorganisation wurden drei Bauplätze durchgekauft. In einem Falle handelte es sich um Lohnreduktion. Diese Sperre hatte vollen Erfolg, während die beiden andern wegen Maßregelung verhängt wurden und resultatlos verliefen. Die Mitarbeiter vertrieben den Vorstand der Unternehmung derart, daß sie 207 Arbeiter drei Tage aussperrten und auf den Profit für diese Tage verzichteten. Kühle Bäder und etwas Diät bezüglich des Alkoholgenusses

acht Tage vor dem 1. Mai angewendet, dürften für die Folge gute Dienste leisten.

Die Organisation der Bildhauer

wahrte ihren Mitgliederbestand und zählte 37 Mitglieder gegen 43 ultimo 1900. Dieser Beruf ist durch die moderne Stütze richtung schwer geschädigt worden. Dazu wirkt die unheilvolle Lehrlingsgütererei, die üppig gedeiht, ungünstig auf die Frage nach Arbeitskräften ein. Die Folge davon sind niedere Löhne. Eine Bewegung für Besserbezahlung der Ueberstunden könnte bis zum Jahreschluß nicht erledigt werden. Die Arbeitslosigkeit im Beruf ist groß.

Böttcher.

Das Gewerbe litt ebenfalls unter der Wirtschaftskrise. Im Jahre 1900 zählte die Zahlstelle 119, 1901 nur 100 Mitglieder, am Jahreschluß war diese Zahl wieder auf 106 gestiegen. Lohnbewegungen fanden nicht statt.

Buchbinder.

Die Organisation ist gut gefestigt und entwickelt sich stetig. Von 70 Mitgliedern im Jahre 1900 stieg sie auf 90 im Jahre 1901 und zählte 1902 100 Mitglieder. Lohnbewegungen waren nicht zu verzeichnen. Klagen über mangelhafte und gesundheitschädliche Beschaffenheit der Betriebsräume sind häufig.

Buchdrucker.

Der Ortsverein Magdeburg zählt 344 Mitglieder; die Zahl stieg stetig. Im Jahre 1900 gehörten 234, 1901 280 Mitglieder dem Ortsverein an. Außer dem Verband besteht noch ein „Buchdrucker-Verein“, dem fast ausnahmslos nur Gehilfen der Faberischen Buchdruckerei angehören. Für die Arbeiter dieser Druckerei ergibt das Koalitionsrecht nur, wann und wie es den Herren Faber paßt. Vorläufig ist den dort Beschäftigten verboten, sich dem Verbands anzuschließen, daher der „Verein“, der nur die Bedeutung einer Invalidentasse hat und 154 Mitglieder zählt. In der Druckerei der „Sachsenchau“ legten drei Gehilfen wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Arbeit nieder; der Streik endete mit der Anerkennung des Tarifs. Mit dem 1. Januar trat der verbesserte Tarif in Kraft, der den Gehilfen eine Lohnreduktion von 1 Mark bezw. 1,50 bezw. 2 Mark pro Woche brachte. Der Ortsverein ist gut finanziert. Die Mitglieder zahlen einen Ortsvereinsbeitrag von 20 Pf. pro Woche. Die Lokaleinnahme betrug bei einem Kassenbestand am Jahresanfang von 1526,10 Mark 5366,90 Mark, darunter an Lokalen Beiträgen 3053,20 Mark. Die Ausgabe beziffert sich auf 2624,48 Mark. Darunter Unterstützung an Witwen und Waisen und Hilfsbedürftige 423 Mark. Kosten des paritätischen Arbeitsnachweises 143,46 Mark, Bibliothek 130,74 Mark, Fachzeitungsabgaben 616,13 Mark usw. Für die Werbungsrechnung hatte der Ortsverein 19 204,50 Mark vereinnahmt, 18 213,95 Mark wurden verausgabt. Darunter an Arbeitslosenunterstützung 5996,75 Mark, Heilunterstützung 7464,75 Mark, Krankenunterstützung 4740,45 Mark, Invalidentunterstützung 112 Mark. Die Kasse hatte 2312,95 Mark Einnahmen und 1520,70 Mark Ausgaben. Zu Unterstützungszwecken wurden 1134,50 Mark verwendet. Man sieht, was 314 Mitglieder in einem Jahre an sozialer Fürsorge zu leisten vermögen. Auf diesem Gebiet sind die Einrichtungen der Buchdrucker gewiß nachahmenswert und es ist nicht darzulegen, daß das Klassenbewußtsein bei Unterstützungs-Einrichtungen leidet.

Sachdecker.

Von circa 95 Beschäftigten gehörten 1902 44 dem Verbands an gegen 52 im Jahre 1901. Sechs schwere Unfälle waren die

Heute abend 8 Uhr in den „Luisenpark“ Genossin Alara Zetkin spricht über „Fraueninteresse und Reichstagswahl“.

Fenilleton.

Redigiert von: Genilworth.
Roman von Walter Scott.
aus dem Englischen bearbeitet von E. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von J. Pederzani-Weber.
(142. Fortsetzung.)

„Aber Sir Richard Barney, der Freund Lord Leicester's, hat doch gewiß Verdienste,“ sagte die Herzogin.
„Barney hat ein schlaues Gesicht und eine glatte Zunge,“ erwiderte die Königin. „Ich fürchte, er ist nicht redlich, allein ich mußte mein schon lange gegebenes Versprechen halten. Mylord Suffex muß aber wohl auch den Verlust verloren haben, da er uns erst einen Verrückten, wie Trefflian, und dann einen häuslichen Narren, wie jenen andern, vorschlägt. Ich verleihe Euch, Anstalt, ich hätte ihn, während er vor mir kniete und Gesicht schnitt, als hätte er sich den Mund mit heißer Suppe verbrannt, lieber eins auf den Schädel als auf die Schulter gegeben.“

„Eure Majestät gaben ihm auch einen tüchtigen Schlag,“ sagte die Herzogin; „und der arme Mann suchte, als wenn er ihn fühlte.“
„Ich konnte es nicht lassen,“ sagte die Königin lächelnd; „aber wir wollen diesen Sir Nikolaus nach Irland, Schottland oder sonst wohin senden, damit Unser Hof von einem albernem Ritter befreit werde. Er mag ein guter Soldat im Felde sein, aber in einer Pantoffel ist er ein abgeschmackter Esel.“

Die Unterhaltung wurde nun allgemein und bald erlöste der Ruf zum Bankett.
Auf dieses Signal begab sich die Gesellschaft durch den innern Schloßhof nach dem neuen Gebäude, wo das große Bankettzimmer lag, in welchem das Abendessen mit einer der Veranlassung angemessenen Pracht hergerichtet war.
Die Anrichtische waren mit dem reichsten und mannigfaltigsten Geschirr beladen, manches vielleicht größt in Erfindung und Ausschmückung, aber alles außerordentlich prächtig sowohl in Bezug auf den Reichtum der Arbeit wie den Wert des Materials. So hatte der Haupttisch ein Tafelglas

aus Perlmutter, das ein Schiff darstellte, ausgestattet mit verschiedenen kriegerischen Emblemen und andern Schmuck, Ankern, Segeln und sechzehn Geschützen. Es trug die Figur der Fortuna, die auf einer Kugel stand und eine Fahne in der Hand hielt. Ein andres Tafelglas aus Silber trug einen Schwan im vollen Rudern vor. Um unter diesem Glanz die Ritterlichkeit nicht zu vergessen, war ein silberner St. Georg dargestellt zu Pferde und in der gewöhnlichen Rüstung, in der er den Drachen bekämpft. Die Figuren waren so eingeklinket, daß sie noch gewissermaßen einen Zweck hatten. Der Schweif des Pferdes trug ein Näschchen für Messer, während die Brust des Drachen eine ähnliche Vorrichtung für Aufsternmesser enthielt.

Auf diesem Weg und besonders im Schloßhof wurden die neuen Ritter von den Herolden, Minnesängern und Dienern mit dem gewöhnlichen Zuruf: Vorse, larse, kevaliers tres hardis! bewillkommt, um die Freigebigkeit der neuen Ritter für diejenigen in Anspruch zu nehmen, die ihre Wappen und Laten zu Buche bringen sollten.

Dieser Gruß ward gewöhnlich durch Höflichkeit und Großmut erwidert. Barney teilte seine Gaben mit einem aus Höflichkeit und Demut gemischten erzwungenen Wesen aus. Kaleigh gab mit der leichtsten Anmut eines Mannes, der den ihm gebührenden Maß eingenommen hat und mit dessen Würde vertraut ist. Der ehrliche Mount teilte alles aus, was ihm sein Sämeider von seinem halbjährigen Einkommen übrig gelassen hatte, ließ einige Goldstücke in der Eile fallen, hüchtete sich, um sie wieder aufzuheben und gab sie dem Begleitenden mit dem ängstlichen Gesicht und Wesen eines Dorfbrütel, der ein Almosen unter die Armen verteilt. Diese Gaben wurden mit dem bei solchen Gelegenheiten gewöhnlichen Lärm und Vivatrufen empfangen, aber da die Anwesenden größtenteils Anhänger Lord Leicester's waren, so wurde Barney's Name mit dem lautesten Beifall und am ostenen genannt. Lambourne zeichnete sich besonders durch unaufrichtiges Rufen aus: „Lange lebe Sir Richard Barney! Wohl gehe es dem Sir Richard Barney! ein besserer Ritter wurde nie geschlagen.“ Dann dämpfte er plötzlich seine Stimme und sagte hinzu: „Seit dem tapfern Sir Pandarus von Troja.“ Ueber diese Wendung seines rauschenden Beifalls lachten alle, die ihn hörten.

„Sir Richard!“ sagte Leicester lächelnd, „Eure neue Würde paßt wenig zu Eurem bisherigen Amte.“

„Ich werde die neue Würde ablegen,“ versetzte Barney, „wenn sie mich von der Person Eurer Herrlichkeit entfernen sollte.“

„Du bist ein dankbarer Mensch,“ entgegnete Leicester, „aber ich kann nicht zugeben, daß Du etwas tußt, was Dich in den Augen anderer herabsetzt.“

Während er sprach, nahm er indeffen ohne Zögern die Dienstleistungen an, welche der neue Ritter seiner Person so eifrig erzeigte, als machten sie ihm wirklich das Vergnügen, wie er behauptete.

„Ich frage nicht danach, was die Leute sagen,“ erwiderte er auf Leicester's Bemerkung; „besonders da — (erlaubt mir die Halskette zu lösen) — wohl niemand hier im Schloß ist, der nicht glaubt, daß in kurzer Zeit Männer von weit höherem Range als der ist, welchen ich Eurer Güte verdanke, es sich zur größten Ehre rechnen werden, Euch bei Eurem Schlafengehen zu bedienen.“

„Das hätte wohl sein können,“ sprach der Graf mit einem unwillkürlichen Seufzer, und fügte dann hinzu: „Gib mir meinen Schlafrock, Barney, ich will in die Nacht schauen. Gaben wir nicht Vollmond?“

„Ich glaube, Mylord, nach dem Kalender,“ antwortete Barney.

In dem Gemach war ein Fenster, welches nach einem kleinen steinernen Balkon führt, wie man sie in gotischen Schlössern findet. Der Graf öffnete die Fensterläden und trat ins Freie hinaus. Von seinem Standpunkte hatte er eine weite Aussicht auf den See und die angrenzenden Gehölze; der Vollmond spiegelte sich in dem klaren Gewässer und beleuchtete die Eichen und Ulmen im Park; er stand hoch am Himmel im Verein mit vielen tausendmal tausend schwächeren Lichtern. Alles schien in Schlummer versunken, nur zuweilen ertönte die Stimme der Wachen, denn die Trabanten der Garde begleiteten die Königin überall hin, und entfernten sich, veranlaßt durch die Vorbereitungen der Stallknechte und Jäger zu einer glänzenden Jagd, die am folgenden Tage stattfinden sollte.

funde) gegründet werden. Herr H. Gerling wurde als Hundesbedakteur einstimmig wiedergewählt und sein Gehalt erhöht. Als erster Vorsitzender wurde Herr Braun, als zweiter Herr Köhler gewählt. Der zu gründenden Abwehrstelle wurde große Bedeutung beigegeben und der Posten des Leiters bis zu 3000 Mark dotiert. Herr Gerling hielt einen Vortrag über „Unsre Lage“, worin er den Kampf gegen die Bewegung feindlich gegenüberstehenden Parteien in schärfster Form proklamierte. Es soll Material gegen die der Allopathie anhängenden Mediziner gesammelt und der Öffentlichkeit und den Behörden unterbreitet werden. Die Masse soll mit Flugblättern überflutet werden.

Der Treierer Verband im Beharrungszustand. Aus Eifenbahnkreisen geht uns die Mitteilung zu, daß vor einigen Tagen eine Versammlung des Ortsvereins Magdeburg dieses Verbandes im „Friedhof“ tagte, in welcher außer den umliegenden Ortsvereinen auch der Zentralvorstand durch drei Mitglieder vertreten war. Diese Versammlung war einschließend der leitenden Mitarbeiter, die wohl ein Duzend zählten, von circa 80 Personen (darunter 30 Frauen und gut 1 Duzend Kindern) besetzt und machte auf den ersten Anblick den Eindruck, als ob eine Heilsarmee tagte. Durch vier Musikstücken eingeleitet, an die sich die großartig veranlagte und mit überaus reichem Pathos vorgetragene Eröffnungs- und Vorstellungsrede mit dem üblichen Kaiserhoch angeschlossen, wurde die Versammlung mit dem Absingen des ersten Verses von „Hail Dir im Siegeskranz“ eröffnet.

Dem sehr komischen Anfang folgte eine gut durchdachte, von Sachlichkeit zeugende Rede des Zentralvorsitzenden Wolk aus Treier. Diese Rede zeigte aber auch, daß dieser Königstreue Verband von oben, wie der Redner recht gewandt erklärte, von Berlin, in der Entwicklung behindert werde, indem man denselben den Versicherungsgesellschaften gleich privaten Versicherungsgesellschaften unterwerfen wollte. Dadurch ist in der Entwicklung ein Beharrungszustand eingetreten. Die Zentralleitung soll diesen durch personliches Vorkommengeworden und durch Funktionen an den preussischen Landtag zu verfechten suchen. Keine bedauernde Tatsache, die heute nach den Vorgängen im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts noch daran glauben können. Ihr werdet bitter enttäuscht werden!

Viele Wünsche werden bezüglich der Verbandszeitung geäußert. Man wird auch der Wunsch ausgesprochen, daß lieber die Verbandszeitung aufgenommen werden sollten, anstatt sogenannte Schwindel-Inserate, durch die nur Mitglieder geschädigt wurden. Zur Aufnahme von Verbandszeitungen kann sich der Zentralvorstand, der zugleich Redakteur ist, nicht entschließen, weil es bekannt, die Bezirksvereine erfahren würden, daß der Zentralvorstand in einem Bezirksverein amnestisch war und gesprochen habe. (Eine eigenartige Argumentation!)

Nachdem noch die üblichen Hochs mit Musikbegleitung auf den Bezirksverein Magdeburg, auf den Gesamtverband, auf den Vorsitzenden Wolk und auch auf die Frauen der Eisenbahner ausgetragen und Herr Wolk sein Schlusswort mit dem Wunsch beendet hatte, daß der nun 51 000 Mitglieder zählende Verband bald die Zahl 100 000 erreichen möge, gerieten noch bei einer Anfrage bezüglich einer vermehrten Ausgabe die Vertreter für Braunschweig und Helmstedt arg zusammen, so daß trotz der Instrumentalbegleitung die Harmonie in die Brüche zu gehen drohte.

Dem wurde jedoch dadurch vorgebeugt, daß schließlich ein Antrag auf Schluß der heutigen Versammlung eingebracht und angenommen wurde, so daß die Versammlung um 9 1/2 Uhr mit einer Sammlung in einen Spacioty (für die den Vorstand und für die Musiker ist dem Schreiber nicht bekannt) ihren Abschluß fand.

Aufgefallen ist es ja, daß in der Versammlung, die nur von circa 36 Herren außer den Frauen, jedoch einschließlich der Bezirksleiter besucht war, auch Frauen und Kinder teilnahmen, und daß jede einen Medner betreffende Zustimmung mit Musikstück begleitet wurde, was einen höchst eigentümlichen Anblick auf die Zuschauer ausübte. Dazu kam noch zur Unvorsicht ein Kinderspiel dazwischen, da jedenfalls der keine Versammlungsbesucher mit den Ausführungen des Sprechenden nicht einverstanden war oder für dessen Ausführungen kein Verständnis hatte.

Jederfall hat auch diese Versammlung genügend Beweisen, daß selbst die auf die Fahne geschriebene Devise „Für König und Vaterland“ und Königstreue bis auf die Knochen nicht davon scheuen, daß man von oben, wie gelangt von Berlin, die Macht zu fühlen bekommt, sobald man in irgend einer Weise angeht.

In dem Augenblick, wo der Königstreue Verband mit definitiven Forderungen an die Stellen kommt, die die Forderungen erfüllen könnten, die also als praktische Erfolge für die Mitglieder des Verbandes von Nutzen wären, wird aus dieser Verband behördlich in seiner Entwicklung gehindert, so wie die freien Verbände im Jahre 1885 gehindert worden sind. Auch diesem von Vaterlandsliebe und Begeisterung irrenden Verband wird nicht anders übrig bleiben, entweder durch das ihm behördlich gesetzte amtliche Zerschneiden zu gehen und dadurch seine finanzielle Selbstbestimmung zu verlieren, oder aber seine Satzungen so zu gestalten, daß der Verband den Versicherungsgezeiten nicht unterworfen ist, gleich wie es die freien Gewerkschaften gemacht haben, und dann ist es nur noch ein Schritt, um dieselben Maßnahmen zu gehen, die durch die Erfüllung der gestellten Aufgaben, welche erkämpft werden müssen, vorgezeichnet sind.

Wir geben dieser Eisenbahner Verein deshalb gern Raum, weil sie beweisen, daß auch in der Eisenbahn eine mehr und mehr die Erkenntnis wächst, daß nur eine freie Organisation wirklich ihre Interessen zu vertreten in der Lage ist. In einem Besonderen berechnen außerdem die Eisenbahner, daß ihnen zu stehen, daß am 15. Juni eine aufgeschriebene Organisation unter der Leitung des Herrn, sondern den Eisenbahnerverein durch die Eisenbahner werden. — Bravo!

Zum Unfall des Brauers Oskar Daner in der Reichsbrauerei ist noch zu bemerken, daß die Höhe mehr 12 Metern betrug. Der Arbeiter hätte nicht passieren können, wenn die Leitern nicht fest waren würden. Es wäre an der Zeit, ohne Rücksicht auf den Zwang der Diktation dort fest endlich ein Gelände anzulegen. Der Arbeiter Daner endete in der Höhe von 12 Metern von derselben Stelle angefahren und ist noch heute im Arzte. Wie viel Menschen sollen denn zu Stränpeln werden, ehe die kleine Aenderung geschaffen wird?

Feuer entstand gestern abend 11 1/2 Uhr beim Wochenspeicher Rudolf. Kleine Arbeiter der 15. Gardinen und Seiten gerieten in Brand. Herbeigelaufene Nachbarn konnten die Gefahr abwenden, ehe die Feuerwehre herbeikam. Das Schicksal des H. hat das Feuer durch Erleiden mit Streichhölzern verurteilt.

Aus dem Stadtverordnetenversammlungssaal.

Magdeburg, der 4. Juni 1903
Punkt 1—18 der Tagesordnung. Rechnungsabrechnungen werden ohne Abstimmung genehmigt.
Es werden dann beschließt:
770 Mark aus dem Straßenherstellungsfonds und 420 Mark aus dem Erneuerungsfonds des Wasserwerks zur Legung von Gas- und Wasserleitungen. Ausführung von drei neuen Laternen und Beleuchtung eines Fußgängerwegs in der Friedrichstraße.
4000 Mark aus dem Straßenherstellungsfonds zur Legung eines Gasrohrs zwischen der Fohndammstraße und dem Sedanplatz.
13 000 Mark aus dem Straßenherstellungsfonds zur Legung von drei Gas- und Wasserrohren, Aufstellung von drei neuen Laternen und

Anlage von zwei Hydranten in der Uhlandstraße zwischen Schiller- und Wilhelm-Maabestraße;
2300 Mark aus dem Straßenherstellungsfonds und 2200 Mark aus dem Erneuerungsfonds des Wasserwerks zur Legung eines Gas- und Wasserrohrs, Aufstellung von sechs neuen Laternen und Anlage von drei Hydranten in der Verbindungsstraße zwischen Große Diebsdorferstraße und Straße 13a;
15 000 Mark aus Nr. 8 des Tiefbau-Haushaltplans für 1903 zur Fortsetzung der Neupflasterung auf der Nordseite der Halberstädterstraße vor den Grundstücken Nr. 120e bis Nr. 128;
19 500 Mark aus dem Straßenherstellungsfonds zur Pflasterung der Schifferstraße von der Wittenbergerstraße bis zur Straße XXV;
12 000 Mark aus dem Straßenherstellungsfonds zur Regulierung und Pflasterung der Uhlandstraße zwischen Wilhelm-Maabe- und Schillerstraße;
1700 Mark aus dem Nordfrontfonds zur Regulierung und Pflasterung des Bürgersteigs auf der Nordseite der Königstraße zwischen Veetshofenstraße und Kaiser-Otto-Ring;
7900 Mark aus dem Straßenherstellungsfonds zur Kanalisierung, Regulierung und Pflasterung der Straße A sowie Regulierung des Platzes F auf 44 Meter Länge von der Wolfenbüttelerstraße ab;
die Herstellung eines Notanlasses zur Einleitung eines Teils des Rinnekanals in den Eudenberg Hauptkanal. Die Kosten dieser Anlage sind in dem früher genehmigten Kolonnenanschlag für den Kanaltbau bereits mit berücksichtigt.

Genehmigt werden bewilligt 1000 Mark aus Sparfassenüberschüssen zur Aufstellung von Automaten zum Verkauf von Badekarten in den städtischen Volksbädern an der Großen Schulstraße und der Moltkestraße.
Probieren waren bis jetzt aufgestellt: ein Automat mit Zugvorrichtung zu 500 Karten und zwei Automaten ohne Zugvorrichtung zu je 500 Karten. Der Versuch ist durchaus als gelungen anzusehen, alle Automaten haben sich bewährt und funktionieren tadellos, der Versuch macht sich einfach und ohne Schwierigkeit. Zur Bewältigung des Wortes ist es aber notwendig, daß die Automaten, welche in den Nebenabteilungen der beiden Anstalten aufgestellt sind und nur Karten zu 5 Pfennig abgeben, vermehrt werden, und zwar sind in der Anstalt in der Moltkestraße ein Automat mit 10 Pfennig-Karten in der Männerabteilung und ein Automat mit 5 Pfennig-Karten in der Frauenabteilung, ein Automat zu 10 Pfennig-Karten in der Männerabteilung, ein Automat zu 5 Pfennig-Karten in der Frauenabteilung erforderlich.

Für Eudenberg und Buckau werden des weniger starken Verkehrs wegen und da die Verkaufsstellen bequem liegen, Automaten nicht für zweckmäßig erachtet.
Die neue Anlagekosten im Gesamtbetrag der Friedrichsbaumalana für 1902 hat zusammen mit 14 671,47 Mark überstritten. Ein Betrag ist aber kritisch, da nach 25 jähriger im städtischen Dienst ohne Unterbrechung verstandener Dienstzeit an zwei Abweiser ein Gehaltsanspruch von je 1 1/2 Mark gezahlt wurde. — Die Nachbewilligung erfolgt.

Beim nächsten Punkt: Verabschiedung der Richter im städtischen Teile der Gewerhellen Elbe, dem sogenannten verlassenen Flußbett, an die diesjährige Aufreinerung am 6. Jahre für jährlich 250 Mark, bemerkt der Berichterstatter Stadtm. Wenzlau, daß sich in letzter Stunde jemand gemeldet, der 300 Mark bietet; er beantrage aber, das Gewässer an die Aufreinerung zu veräußern.

Stadtm. Haupt würdigt die Verabschiedung an den Herrn, der 300 Mark bietet.
Nach längerer Diskussion, an der sich noch Oberbürgermeister Schneider, die Stadtm. Schäfer und Lanckau beteiligen, wird die Verabschiedung an die Aufreinerung angenommen.
Herrn Wenzlau wird einigen Vorschlägen die nachgeforderte Bauserlaubnis unter dem Magistrat vorgelegenen Bedingungen erteilt.
Stadtm. Wenzlau hat an den Magistrat eine Anfrage gerichtet betreffend die von der Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft beabsichtigten Änderungen im Straßenbahnbetriebe.

Mit dem Magistrat in dieser Sache unternommenen Schritten ist die Verwaltung einverstanden. Für die Besprechung stimmen nur einige Stadtverordnete.
Der Stadtverordneten-Versammlung wird vom Magistrat Mitteilung gemacht betreffend den Verkauf von Nordfrontbaustellen. Im ganzen sind bisher
a) verkauft 13 ha 42 a 24 qm für 8 815 936,40 Mark
b) für eigene Zwecke der Stadt vernichtet 2 ha 50 a 37 qm für 1 033 199,00 Mark
zusammen 15 ha 92 a 61 qm für 9 849 135,40 Mark

Unter Berücksichtigung des Tauchgeschichtes Nordfront-Sterngeände, dessen formeller Abschluß bevorsteht, sind an Baugelände in der Nordfront noch verfügbar 14 ha 60 a 7 qm.
Berichterstatter Stadtm. Wenzlau bemerkt hierzu, daß die Sache sich jetzt günstiger gestaltet, als man erwartet hatte.
Die Erziehung einer Vorlesung für das Lehrerseminar wird genehmigt.
Weiter werden bewilligt:
20 500 Mark zum Bau eines Schuttdiener-Wohnhauses auf dem Schulgrundstück an der Leinigerstraße;
20 000 Mark zur Erleichterung und Hofregulierung daselbst;
1500 Mark zur Erichtung eines Turn- und Spielplatzes in der Wilhelmstraße im Hinblick auf das Schulgrundstück Sedanring 21.

Der Vortrag zwischen der Staatsregierung und der Stadt Magdeburg, den Übergang der städtischen Vaugewerkschaft und der Maschinenbauanstalt an den Staat und ihre künftige Unterhaltung betreffend, wird nach längerer Diskussion genehmigt. (S. auch an anderer Stelle.)
Beide Anträge werden am 1. April 1904 verhandelt.
Zur Pflasterung des Platzes vor den Karlsruher Wittenbergerstraße 23, 24 und 25 werden 1730 Mark bewilligt.
Der Wasserbau einer 50 Nr großen Wasserläufe des städtischen Spinnereis an dem Schiffsplatz B. Godebsch wird für 1903 mit 6 Mark auf 6 Jahre vom 1. Juli 1903 ab wieder genehmigt.

Zur Erneuerung schadhafter Teile der Fintbedachung des Stadttheaters wird die Forderung von 1000 Mark angenommen.
Über die Abänderung der Bedingungen bei Aufnahme von Darlehen für den Bau von Kleinwohnungen berichtet Stadtm. Schneider: Die Stadtverordneten-Versammlung hat der Aufnahme eines Darlehens von 200 000 Mark bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zum Zwecke der Förderung des Baues von Kleinwohnungen zugestimmt. Auf den bezüglichen Antrag hat der Vorstand der Anstalt erwidert, daß er zwar bereit sei, der Stadt zum genannten Zweck ein Darlehen in der genannten Höhe zu gewähren, es aber genehmigt sehr in einigen Punkten in den bisherigen Bedingungen für die Aufnahme von Darlehen festzusetzen. Einige dieser Bedingungen seien nun aber solcher Art, daß er empfehle, nicht ohne weiteres darauf einzugehen. Der Vorstand der Anstalt verweise auch auf die Bemerkungen in der „Magd. Zig.“ einen Richter-Baus- und Bau-Baus-Baus-Baus und erläutere daraus, daß der Verein schließlich mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde, wenn auch die Stadt keine Darlehensbaue. Der Vorstand der Anstalt will ein halbjähriges Kündigungsrecht festsetzen.

Bürgermeister Fjerner ersucht, die Vorlage des Magistrats anzunehmen.
Stadtm. Stern ist der Meinung, alle Rücksichtnahme müsse einmal zu Ende haben. Das Verhalten der Landes-Versicherungsanstalt sei eine gute Illustration, wie von diesen Anstalten die Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen gefördert wurden. Er beantrage, die Vorlage an den Magistrat zurück zu verweisen, um erst noch einmal mit der Landesversicherungsanstalt Rücksprache zu nehmen.
Stadtm. Haupt: Das eigentümliche Verhalten der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt übersteigt doch alles, was bisher von diesen Anstalten im Hinblick geleistet worden ist. Doch wiederum möchte man sich nicht wundern, wie man hier nur die Leute argwöhnen. Sie am Weg hier sind zu beweisen, um erst noch einmal mit der Landesversicherungsanstalt Rücksprache zu nehmen.

Stadtm. Haupt: Das eigentümliche Verhalten der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt übersteigt doch alles, was bisher von diesen Anstalten im Hinblick geleistet worden ist. Doch wiederum möchte man sich nicht wundern, wie man hier nur die Leute argwöhnen. Sie am Weg hier sind zu beweisen, um erst noch einmal mit der Landesversicherungsanstalt Rücksprache zu nehmen.
Stadtm. Haupt: Das eigentümliche Verhalten der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt übersteigt doch alles, was bisher von diesen Anstalten im Hinblick geleistet worden ist. Doch wiederum möchte man sich nicht wundern, wie man hier nur die Leute argwöhnen. Sie am Weg hier sind zu beweisen, um erst noch einmal mit der Landesversicherungsanstalt Rücksprache zu nehmen.

Stadtm. Haupt: Das eigentümliche Verhalten der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt übersteigt doch alles, was bisher von diesen Anstalten im Hinblick geleistet worden ist. Doch wiederum möchte man sich nicht wundern, wie man hier nur die Leute argwöhnen. Sie am Weg hier sind zu beweisen, um erst noch einmal mit der Landesversicherungsanstalt Rücksprache zu nehmen.
Stadtm. Haupt: Das eigentümliche Verhalten der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt übersteigt doch alles, was bisher von diesen Anstalten im Hinblick geleistet worden ist. Doch wiederum möchte man sich nicht wundern, wie man hier nur die Leute argwöhnen. Sie am Weg hier sind zu beweisen, um erst noch einmal mit der Landesversicherungsanstalt Rücksprache zu nehmen.

Nachdem noch einige Redner gesprochen, wird der Antrag des Stadtm. Stern angenommen.
Die Weiterführung des Reitweges im Kaiser-Otto-Ring von der Richard-Wagnerstraße ab im Fohndamm des südlichen Straßenzuges wird beschloffen. Die Polizeiverwaltung soll ersucht werden, dort einige Warnungstafeln aufzustellen.
Zur Anlage eines Radfahrweges wird die Verpachtung von 1250 qm von dem städtischen Ackerplane beim Wiedertier Busch an den Magdeburger Verein für Radfahrwege genehmigt, desgleichen die Verlängerung des Radfahrweges über das Panoramagrundstück in der Nordfront mit dem früheren Pächter, die Verpachtung der Buhmühle in Cöberlich und die Verpachtung von 61 städtischen Ackerflächen.
Schluß 6 1/2 Uhr. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Provinz und Umgebung.

Diebsdorf, 5. Juni. (An die Parteigenossen!) Laut Bestimmung der Parteileitung des Kreises Wanzleben sollen die leitenden Genossen am Orte bis zum 7. Juni bei der Parteileitung namhaft gemacht werden, die uns am Tage der Wahl ihre Kraft zur Verfügung stellen werden. Die Parteigenossen werden ersucht, am Sonntag abends 8 Uhr, beim Gastwirt Hilbrand sich einzufinden. Des weiteren machen wir schon heute die Gewerkschafts- und Vereinsvorstände darauf aufmerksam, daß am 13. Juni im Hildebrandischen Lokale eine öffentliche Volksversammlung stattfindet, und bitten die Parteigenossen, an diesem Tage keine Veranstaltungen zu arrangieren.

Wieserleben, 4. Juni. (Stadtverordnetenversammlung vom 29. Mai.) Zu Punkt 1, Wahl von Delegierten für den Stadtag in Weisenfels sowie für den allgemeinen Stadtag in Dresden, schlägt der Wahlausschuß die Stadtverordneten Krüger und Wolf vor, was von der Versammlung debattelos genehmigt wird. Punkt 3, wiederholter Antrag auf Bildung einer Finanzdeputation und Wahl von 6 Mitgliedern. Nachdem Bürgermeister Wolkmann eine längere Begründung für die Wahl ausgesprochen, spricht Stadtm. Wolf zunächst gegen den Antrag, worin eine Forderung der Stadtverordneten „am Gängelbunde“ zu erkennen sei. Der Antrag wird abgelehnt. Die Anträge: Annahme des neuen Ortsstatuts für die kaufmännische Fortbildungsschule sowie Erziehung zwei neuer Klassen der gewerblichen Fortbildungsschule finden debattelos Annahme. Punkt 7, Umwandlung der Mittelschule in eine achtklassige Anstalt, empfiehlt der Referent Stadtm. Besehorn deshalb, damit es den minderbegabten Schülern möglich sei, das Arbeitspensum, welches hierdurch etwas vermindert wird, besser bewältigen lernen zu können. Hierfür ersucht sich bald eine schultechnische Debatte, wobei der Stadtm. Krüger erklärte, daß der höheren Schule keine Konkurrenz zu machen sei, was derselbe alsdann mit dem Mangel der Sparanleihe zu belegen suchte, obgleich eine Mehrausgabe innerhalb 8 Jahren hierfür nicht zu erwarten steht. Neben einigen unwesentlichen Punkten fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.
In dieser Sitzung wurde das bisherige Schachklub im hiesigen Schachklub wieder beschloffen. Ebenso wurde dem Bezirksvereiner eine Gehaltszulage von 1000 Mark bewilligt, wonach dessen Gehalt auf 9000 Mark festgesetzt ist.

Barby, 3. Juni. (Reinfall der Pladianer.) Als gestern abend die Pladiesche Versammlung durch Seminarlehrer Schulz eröffnet wurde, forderte derselbe sofort die Minderjährigen und die einzigen Gegner des Herrn Plade auf, das Lokal zu verlassen. Von unserer Seite waren einige 30 Mann erschienen, darunter nur ein Minderjähriger, die dann sofort sämtlich den Saal verließen, die 120 bis 140 Getreuen Plades zurücklassend. Klagendes Stöhnen bei den Betreten war die Folge. Eine so schwach besetzte Versammlung haben die Anhänger Plades hier noch nicht abgehalten. Dies berechtigt uns zu den schönsten Hoffnungen.

Güsten, 4. Juni. (Reaktionäre an der Arbeit.) Hier verjagten die „Ordnungsparteier“ zu einem Rechtsanwalts für Wesel Unterhirschen zu sammeln, fielen aber bei verschiedenen kleineren Zusammenkünften gründlich ab, so daß der Zweck ein verfehlter war und der Aufbruch bis heute noch im Sekretär des resp. der Entrepreneurie ruht. Als Staffage sind die kleineren Besanten gut, wolle sie aber ihre Lage besser, so muß ihnen die „Schamotte“ ins Gesicht fliegen, damit sie nicht den Gedanken der „Haarsträubender“ Vorgänge belachen.

Siegersleben, 3. Juni. (Volksversammlung.) Am Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr findet im „Reichshof“ ein Volksversammlung statt, in welcher Genosse Waldemar Plana eine Rede über „Die kommenden Reichstagsarbeiten“ referieren wird. Eine geplante Versammlung unter diesem Titel ist nicht erlaubt worden. Hoffentlich wird nun die obige Versammlung umso besser besucht.

Lucdnburg, 5. Juni. (Etwas schlichter) ist das Kreisblatt schon geworden: Es denkt von gestern ab die Lügen der Berliner Reichszeitung mit Quellenangabe ab. Wenigstens ein Fortschritt. Die Furcht vor dem Abkommen ist schon wieder das Kreisblatt noch und nach schon zum Zustand gekommen.

Schönebeck, 4. Juni. (Versammlung.) Wie machen darauf aufmerksam, daß am Sonntag abend eine öffentliche Versammlung im großen Saale der „Reichshof“ stattfinden, in welcher Frau Dietz aus Berlin über die Pläne der Frauen im Reichstag referieren wird.

Stahlfurt, 3. Juni. (Zimmererschreit.) Nachdem heute die Kundgebungsjahre abgelaufen, sind die Zimmerer der Vereinigten Gewerkschaften Reichshof aus der Welt gerufen. Sie haben über den Verbleib der Gewerkschaften und deren Tätigkeit nachgehakt. Von 19 Mann ist nur einer seinen Wohnort ändern geworden und hat anderwärts gehandelt, er ist in Arbeit geblieben. Von den übrigen ist die Hälfte bereits anderwärts in Arbeit gerufen. Die Arbeiterzeitung von Stahlfurt Reichshof bringt dem Vergehen der Zimmerer die wärmste Empfehlung entgegen und wünscht ihnen den besten Erfolg. Auch die Heranzügelten des Herrn Generaldirektors Dr. Schneider wird gebrochen werden, wie diesgenau manchem andern Herrn bereits gebrochen ist. Rechtschaffen Herr Schneider und für die Wahlkandidatur die besten Dienste, die wir mit Dank annehmen.

(Zu Lade gekommen) in Ausübung seines Berufs ist heute der Bezirksführer Mohrig. Als er auf dem Schützenplatz vor heute noch im Gange befindlichen Wagen herabstieg, kam er zu Fall und wurde so unglücklich von seinem Wagen überfahren, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Stahlfurt, 3. Juni. (Außerordentlich erheitert) wirken die politischen Anstrengungen, welche die Partei Plade hier macht, um das gefährdete Mandat zu retten. Nachdem schon längst der Wahlverein „Reichshof“ gegründet ist, muß dieser Verein auch Mitglieder haben. Die Vertrauensmänner der unteren Klassen werden daher auf die Jagd nach solchen geschickt. Das ist ein beschwerliches Geschäft und sie müssen sich im Schwabe ihres Angehens wie Stadtreisende, die für jeden neuen Kunden Provision erhalten. In dem lobenswerten Eifer, den freiwillig übernommenen Posten auch recht zur Zufriedenheit der Vorgesetzten auszuführen, verlassen sie sogar auf die ungenügende Remuneration, von den Frauen für die abwesenden Männer die Anmeldung unterzeichnen zu lassen. Eine ganz neue und durchaus unerwartete Erscheinung innerhalb der nationalliberalen Partei, der Frau das politische Bevormundungsrecht des Mannes einzunehmen. Die höchsten Posten aus der Partei bestehen es sehr wohl, die Vorkan eines solchen Vereines von sich abzumachen und so es sogar der Vorstand nur aus Sternen 2. und 3. Größe zusammenzusetzen, das Mitgliederverzeichnis aber müssen die sogenannten Vertrauensmänner machen, die natürlich ihre Tätigkeit vollständig freiwillig ausüben. Ein Zwang, etwa seitens der leitenden Vergewaltigung findet sich nicht. Es geschieht alles freiwillig, durchaus freiwillig. Das mußte Parteigenossen aus Ill. sich in die Lüge eintragen lassen, geschieht noch freiwilliger. Die Sache ist in der Tat höchst komisch.

Komisch ist es auch, daß die vornehmen Herren der nationalliberalen Partei die Bürgerliche Großkirche bestreiten lassen. Schämten

Ein feiner, liebenswürdiger Hauspacha
In der in Friedrichstadt Artilleriestraße 6 wohnende frühere Schiffer, jetzige Materialwarenhändler Aug. Schuchardt. Als am dritten Feiertag, vormittags gegen 10 Uhr, ein junger Mann seinen dort wohnenden Bruder besuchen wollte, wurde derselbe von dem benannten Hauswirt, seiner Frau und dem Sohne überfallen. Der Wirt mit einer Stange, dessen Frau mit einem Besenstiel und der liebenswürdige Sprößling, der auch schon das Säuglingsalter überschritten hat, mit einem Gummischlauch bewaffnet, hieben den Ahnungslosen aus ihrer Festung hinaus. Mit zerrissenem neuen Hut mußte der Ueberfallene von dannen ziehen, um durch einen Schutzmann die Personalien des Hauspachas feststellen zu lassen. Die Sache wird wahrscheinlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben, in dem der Gewalttäter bestraft werden wird, daß er auch als Hauswirt die Grenzen der Weisheit nicht überschreiten darf. Bemerkenswert ist noch, daß der Ueberfallene früher in diesem gastfreundlichen Hause wohnte und wegen der zufälligen Tür mit dem Hauspacha in Differenzen geraten war.

Die Druckerei der „Magdeburgischen Zeitung“. Daß im Wahlkampf alle Mittel recht und selbst die unansehnliche Waffe der Verleumdung gegen den verhassten Gegner hat die im Faberischen Verlage erscheinende „Magdeburgische Zeitung“ wieder einmal augenfällig bewiesen. Der schon in unserer gestrigen Nummer erwähnte Bericht im „Correspondent“ der Buchdrucker und Schriftsetzer über eine Versammlung des Berliner Maschinenmeistervereins gibt ihr diesmal den erwünschten Inhalt, über das häßliche Gesicht der Sozialdemokratie“ allerlei ödes Zeug zu bringen und die Zustände in der „Vorwärts“-Druckerei so ziemlich als der Uebel schimmigsten hinzustellen. Auf die Entgegnung der Redaktion des „Vorwärts“ in dessen Donnerstags-Nummer geht sie zwar auch ein, mit keinem Wort aber nimmt sie von den angeführten Lügen keinen Notiz, spöttelt, daß in der Zeitungsabteilung des „Vorwärts“ noch das Alfordsystem geblüht, schlägt aber desto eifriger eine in jener Versammlung gegebene, in dem „Correspondent“-Bericht nur auszüglich mitgeteilte Verteidigung der Druckereileitung des „Vorwärts“ jenseits des dortigen Obermaschinenmeisters aus.

Die „Magdeburgische Zeitung“ kämpft mithin gleich vielen anderen Blättern, welche über diesen fernem Wissen geriet hergestellte sind, mit Mitteln, welche dem gefürchteten Gegner Gelegenheit geben, diese Sorte Arbeiterzeitsunde mit Eleganz aus dem Sattel zu heben. Das soll hiermit geschehen, aber nur mit der ausdrücklichen Vorbedingung, daß wir solches Material — selbst in Zeiten des Wahlkampfes — nur ungern verwenden, wenn jedoch nötig, für dessen Fortsetzung bemüht und zwar mit Erfolg bemüht sein werden. Bezüglich des Alfordsystems ist zunächst die Tatsache festzustellen, daß in einer Anzahl von Parteien das Berechnen lediglich auf Wunsch der Leser betrieben worden und daß dieser Bezahlungsmodus in allen größeren bürgerlichen Zeitungen üblich ist, darunter auch in der „Magdeburgischen Zeitung“ und dem ebenfalls im Faberischen Verlage erscheinenden „Central-Anzeiger“. Zur Bestehen selbst bei diesem sich nach den Bestimmungen des Buchdruckerartikels regelnden Lohnsystems noch große Unterschiede; so würden die Zeitungssetzer der „Magdeburgischen Zeitung“ selbst bei dem Berliner Verlagswesen von 25 Prozent (in Magdeburg 10 Prozent) niemals den Durchschnitt der „Vorwärts“-Zeitungssetzer erreichen, obwohl in letzterer Druckerei die gewöhnliche Arbeitszeit nur 8 Stunden beträgt, in der „Magdeburgischen Zeitung“ aber über die Einhaltung der tariflichen 9stündigen Arbeitszeit nicht die geringsten kontrollierbaren Beweise vorliegen.

Die „Magdeburgische Zeitung“ möge doch einmal den Jahresdurchschnittsverdienst ihrer Zeitungssetzer bekannt geben; das ein Vierteljahr dauernde Festhalten im vorigen Jahr bei der endlich erfolgten Anerkennung des Buchdruckerartikels um dessen einzelne Positionen läßt doch wahrhaftig keine besonderen Schlüsse zu Gunsten der Firma A. u. H. Faber zu. Die Löhne der Drucker und Setzer der Welt- und Abendabteilung stehen um ein unerträgliches unter dem Durchschnitt der hiesigen besseren Druckereien, die Zahlungsverhältnisse bei den Setzern ist sogar überhöht — für eine solche große Druckerei ein einfach skandalöser Tarifbruch! — und die Einstellungen von Gehilfen geschehen sogar ohne Rücksicht darauf, daß nur aus Tarifdruckereien Ersatzkräfte eingestellt werden dürfen — also wieder eine Tarifverletzung! Das Koalitionsrecht ist in der Faberischen Druckerei einfach ausgehöhlet. Dort diktiert die reiche Gewalt der Spiegels von Unternehmern, die den § 102 der Gewerbeordnung, also eine Gesetzbestimmung, ohne jegliche Gemeinverständlichkeit mit Füßen tritt. Die Druckerei der „Magdeburgischen Zeitung“ ist in ihrer grenzenlos lächerlichen Furcht vor den organisierten Buchdruckern sich sogar solche Höhen, daß sie — wie an einigen Stellen zu bemerken — Leute einstellt, deren moralischer Defekt dieselben von einer Beschäftigung in anständigen Firmen unbedingt ausschließt, ja kürzlich wurde sogar ein gerichtlich erheblich vorbestrafter, jetzt schon wieder polizeilich und auch von den organisierten Buchdruckern wegen verübter Schwindelthaten öffentlich verfolgter Schriftsetzer eingestellt.

Dieses anmerkwürdige Verhalten zeigt also die Druckerei einerseits als Verleumdung gegen den demnach verurteilten Mann, deren hiesiger Landtagsabgeordneter (Kommunikations- und Verkehrsminister) bei seiner Kandidaturrede auch die schönen Worte gebrauchte: Meine Herren, daß wir den Arbeitern das Sozialrecht gewähren, ist eine unerläßliche Bedingung! Aus dem ist dann zu ersehen, daß die „Magdeburgische Zeitung“ sich am Alfordsystem zur Schlichterfunktion über die „Vorwärts“-Druckerei eignet. Die „Vorwärts“-Druckerei wird nie Verleumdung gegen den Buchdruckerartikels gesehen werden können, die „Vorwärts“-Druckerei wird nie Verleumdung zu Ermahnungen geben, ob Zustände — wie die fröhlichsten der „Magdeburgischen Zeitung“ — nicht eine Strafrechtung aus der Tarifgemeinschaft nötig machen. Und wenn die Arbeitsverhältnisse der „Vorwärts“-Druckerei Zeugnis ablegen sollen für das häßliche Gesicht der Sozialdemokratie“, dann kann man nur mit Entsetzen an die schmerzliche Prognose des Nationalliberalismus denken!

Auch der hiesige „General-Anzeiger“ beschäftigt sich mit dem Bericht im „Correspondent“, bringt aber fast ausschließlich dessen Wortlaut. Wir wollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im „General-Anzeiger“ im allgemeinen denen des „Vorwärts“ nicht gegenüberstellen; die Zustände dort haben sich, wie wir erfahren, in den letzten Jahren wesentlich gebessert; auch gewährt der „General-Anzeiger“ neben der Druckerei der „Volksstimme“ seinen Angestellten Ferien. Aber die Frage, was seine zahlreichen Buchdruckerlehrlinge — zu Ostern d. J. sollen sogar vier eingestellt sein! — in einem Betriebe, wo doch fast nur Zeitung hergestellt wird, für ihr späteres Fortkommen eigentlich lernen sollen, müßte unserm Erachtens auch in der Wahlzeit dem „General-Anzeiger“ näher liegen, als die Sorge um den guten Ruf der Musteranstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

— Eine neue Badeanstalt, die den Namen „Ostende“ führt, ist, wie unsere Leser aus dem Inseratenteil ersehen, in der Nähe der Nordbrücke eröffnet worden.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 4. Juni 1903.
Hat der Glück! Der vorbestrafte Kaufmann Theodor Leng hier, geboren 1866, war Vormund eines unehelichen Kindes, für das er in der Zeit vom Mai 1899 bis zum 19. Februar 1902 zusammen 378 Mark Alimentengelder in Empfang nahm. Davon soll er 115 Mark veruntreut und für sich verbraucht haben. Die Kammer erachtete die beiden Belastungszeugen wegen körperlicher Mängel nicht als zuverlässig und erkannte deshalb auf Freisprechung.

Gewerbegericht Magdeburg.
Sitzung vom 4. Juni 1903.
Stadttrat Lüdeckens, Vorsitzender. Beisitzer: Buchdruckermeister C. Friebe und Kaufmann W. Friebe, Arbeitgeber; Handschuhmacher G. Kabelig und Tabakarbeiter G. Lehmann, Arbeitnehmer.

Der Schlichter Ruhut klagt gegen das Magdeburger Wach- und Schlichteramt auf eine Woche Lohnentziehung in Höhe von 18,75 Mark. Der Kläger darf während der Dienststunden kein Schanklokal aufsuchen bei Androhung sofortiger Entlassung. Der Vertreter der beklagten Erben — Fränkel — gibt an, daß der Kläger im März d. J. wegen eines ähnlichen Vorwurfs ernstlich verurteilt worden ist, bei Androhung im Wiederholungsfall mit sofortiger Entlassung. Kläger zieht hierauf seine Klage zurück.

Der Stellmacher Lücke klagt gegen den Maurermeister Viehscher auf Zahlung eines Restlohnes in Höhe von 1,50 Mark. Die Parteien vergleichen sich dahin, daß der Beklagte dem Kläger 1 Mark sofort zahlt.

Die Maurer Witte und Kusche klagen gegen den Unternehmer Gorgas auf Nachzahlung eines Lohnrestes von 4,50 Mk. Der Vertreter des Beklagten — Franke — gibt an, daß der Kläger den Klagen irrtümlich einen Lohn von 4,90 Mark pro Tag geschuldet habe und sie nur 38 Pf. pro Stunde zu beanspruchen hätten nach dem Lohnsatz der Maurer. Die Kläger ziehen hierauf ihre Klagen zurück.

Der Modellstecher Cahnant klagt gegen den Maschinenfabrikanten Piatsch auf Zahlung einer Forderung von 43 Mark Lohn und 20 Mark für Werkzeugabnutzung. Kläger war seit August 1902 beim Beklagten beschäftigt und ist nach den Angaben des Geschäftsführers Weber und des Sohnes des Beklagten am 5. Mai entlassen, jedoch sind ihm die Papiere erst am 11. Mai ausgehändigt. Der frühere Geschäftsführer Wellborn gibt zu, zu dem Kläger gehört zu haben: Bezüglich des vom Kläger gestellten Werkzeuges werden wir uns schon einigen. Beklagter bekennt zunächst, daß er überhaupt an den Kläger Verpflichtungen habe. Die Parteien einigen sich nach langer Verhandlung dahin, daß Beklagter an den Kläger noch für 2½ Tag 9 Mark Restlohn und für Abnutzung des Werkzeuges 15 Mark zahlt.

Der Putzfrau Grothe klagt gegen den Ziegeleibeitzer Griefmann wegen Nichterfüllung der Kündigungspflicht auf Zahlung von 14 Tage Entschädigung im Betrage von 30 Mark und 2,50 Mark. Der Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen.

Der Arbeiter Wendolf klagt gegen die Firma Otto Gruson auf Zahlung von 14 Tagen Lohn im Betrage von 36 Mark. Die Vertreter der Firma bestritten, daß Kläger überhaupt gearbeitet habe, auch sei eine Kündigung infolge der Arbeitsvermittlung, die dem Kläger ausgehändigt sei, ausgeschlossen. Die Parteien einigen sich schließlich dahin, daß der Kläger von dem Vertreter der Beklagten 1,50 Mark ausgezahlt erhält.

Die beiden Zimmerleute Gebrüder Engelmann klagen gegen den Bauunternehmer Strube auf Zahlung von 70 bzw. 50 Mark, Ernst Engelmann auf 70 Mark, Max Engelmann auf 50 Mark, die aus einem Alfordabschluß herrühren. Der Zeuge Maurer Gabe bekennt, daß der Kläger dem Strube eine Rechnung übergeben habe und Strube zu zahlen verpflichtet habe, auch die Summe anerkannt habe. Der Zeuge leitet einen dahingehenden Eid und wird der Beklagte sodann freiwillig zur Bezahlung der eingetragten Summe zu zahlen.

Der Fensterbeger Kellmeroid klagt gegen das Fensterbegergeschäft „Sanctilian“ auf Zahlung von 37,59 Mark Lohnrest. Der Kläger hat am 11. Mai angefangen und ist plötzlich entlassen. Die Sache wird bis zum 11. Juni vertagt behufs Vernehmung von Zeugen.

Der Lehrling Thimm, vertreten durch den Gewerkschaftssekretär Weins, klagt gegen die Firma Wöhmer auf Auszahlung einer Summe, die von beklagter Firma für den Lehrling bei der Sportreise hinterlegt ist. Die Sache hat schon wiederholt das Gewerbegericht behandelt und handelt es sich nun darum, festzustellen, ob die für den Lehrling hinterlegten Gelder als Lohn oder als „Geschenk“ der Firma anzusehen sind. Dem Beklagten Wöhmer wird ein Eid zugesprochen, hierauf wird Kläger mit seiner Klage abgewiesen.

Der Werkmeister Bennermann klagt gegen die Firma C. R. Strube (Armaturenfabrik) auf Zahlung eines Restgelbes von 175 Mark. Der Termin wird bis auf weiteres vertagt.

Der Schuhmacher Theuerkauf klagt gegen seinen Arbeitgeber Petzge auf Zahlung eines Restlohnes von 9 Mark für drei Wochen Arbeitszeit. Nach langem Verhandeln, in welchem der Kläger wiederholt beteuert, sein Geld ehrlich verdient zu haben und daß auch nicht Betrüge, sondern dessen Frau, die den Beklagten vertritt, der eigentliche Meister und Arbeitgeber des Klägers ist, einigen sich die Parteien auf 6 Mark, die der Beklagte an den Kläger zu zahlen hat.

Der Arbeiter Bornstein klagt gegen Rührmeyer (Nachpappenfabrik) auf Zahlung eines Restlohnes von 2,50 Mark. Nachdem die gegenseitigen Aufrechnungen verglichen sind, ergibt sich, daß Kläger überhaupt nichts zu fordern hat. Der Kläger zieht seinen Klageantrag zurück.

Meine Chronik.

Wie die „Thorn. Br.“ meldet, fuhr gestern vormittag ein Bligschlag in eine auf der Wolkstampe bei Thorn beschäftigte Gruppe von Arbeitern. Zwei Arbeiter wurden getötet, fünf verletzt. — Den Tod im Wasser fanden in den letzten Tagen in Hannover fünf Personen. Der Wirtswirt Brink wurde tot aufgefunden. Man nimmt an, daß er den Tod freiwillig im Wasser gesucht hat. Beim Baden ertranken in jener der Buchdrucker Oppermann und der Chef der Bäckerei der Israelitischen Erziehungsanstalt zu Hlem bei Hannover, der Bädermeister Jakob Hamburger. Beide Leichen sind bereits aufgefunden. Der Wirt König, Inhaber des bekannten großen Garten-Etablissements „Zustaus-Garten“, der seinen in das Wasser gestürzten Resten retten wollte, ertrank, trotzdem er ein guter Schwimmer war; auch der Neffe ertrank. — Der Ladiere Neumann in Nizdorf zertrümmerte im Wahnsinn seiner Frau den Schädel durch zwei Weishebe und erhängte sich dann selbst am Bettposten. — Gestern nachmittag erhob der als Käufer bekannte frühere Maurer Matthias Höhn in Gladbach in der Schlafstube seine Frau und sich; beide waren sofort tot. Das Ehepaar hat 12 Kinder. — Wegen Mißhandlung eines Untergebenen verurteilte das Kriegsgericht Thorn den Leutnant Julius Nischmann vom 21. Infanterieregiment zu einer Woche Stubenarrest. Er hatte seinem Burschen aus Verger, daß er ihm ungekochte Milch gegeben, drei Schläge gegen den Hinterkopf versetzt. — Der Postdampfer „Rhinland“ der „Ned Star-Linie“ in Antwerpen ist laut Telegramm am 2. Juni wohlbehalten in Philadelphia angekommen.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 5. Juni. Aus Ugram meldet die „Frankf. Ztg.“: Der Landtag beginnt seine Sitzungen am 17. d. M. — Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Belgrad berichten dortige Blätter über neue Kämpfe im Bosnien. Injüngsten sollen einen türkischen Offizier fürchterlich gemartert haben, indem sie ihm die Augen ausstachen, die Nase, die Ohren und die Zunge abschnitten. Auf den Kopf Sarafows soll türkischerseits ein Preis von 35 000 Frank ausgelegt sein.

Langer, 5. Juni. Die Expedition gegen die Rebellen unter Führung des Kriegsministers hat einen vollständigen Erfolg errungen, eine Anzahl aufständischer Stämme ist bestraft worden.

Ugram, 5. Juni. Aus der Provinz werden weitere Bauernunruhen gemeldet. Die Bauern fahren fort, die Bahnhöfe, an denen sich ungarische Wappen und Aufschriften befinden, zu zerstören und die Telegraphen- und Telephonleitungen zu zerstören.

Frankfurt a. M., 5. Juni. Aus Brüssel meldet die „Frankf. Ztg.“: Der internationale Bergarbeiterkongress verhandelte in seiner gestrigen Sitzung über die Wurmkrankheit. Der nächste Kongress findet in Paris statt.

Jansbrud, 5. Juni. Der Senior der katholischen Studentenverbindung „Austria“, Jurist Weber, wurde seiner Charge als Reservekadett beurlaubt erklärt, und als Infanterist in ein anderes Regiment versetzt, weil er von einem Reserveoffizier eine ihm angebotene Duellforderung nicht angenommen habe.

London, 5. Juni. Die Automobil-Wettfahrt um den Bennett-Pokal findet am 2. Juli statt. Sie wird morgens 7 Uhr beginnen und muß um 7 Uhr nachmittags beendet sein. Die Strecke beträgt 351 englische Meilen. An der Wettfahrt nehmen englische, deutsche, französische und italienische Wagen teil.

Mailand, 5. Juni. In der Pulverfabrik Vigangoli bei Bergamo fand gestern eine große Explosion statt, wobei zwei Arbeiter in Stücke gerissen, mehrere andere verwundet wurden.

Bromberg, 5. Juni. (Eig. Draht.) Das Dorf Botton steht seit gestern in Flammen. Bis jetzt sind 30 Häuser niedergebrannt. Das Feuer brach in einem Wirtshaus aus und verbreitete sich infolge des starken Windes innerhalb einer Stunde über das ganze Dorf. Der Schaden ist bedeutend. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Bereins-Kalender.

- Angesien unter dieser Rubrik haben pro Seite 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.
- Unterstützungsverein der Kupferstecher. Sonnabend den 6. Juni, abends 8½ Uhr, Versammlung bei Herrn Gustav Böhm, Kl. Klosterstraße 15-16. — 505
- Groß-Ottersleben. Zentral-Kranken- und Sterbeliste der deutschen Wagenbauer, Filiale Gr.-Ottersleben. Sonntag den 7. Juni Versammlung. (Delegiertenwahl). — 504

Briefkasten.

Biederich. Von der Verurteilung dieses Erganten ist uns nichts bekannt. Selbstverständlich würden wir sonst Mitteilung davon gemacht haben. Sagen Sie dem Manne, daß es eine große Frechheit ist, bei einer sozialdemokratischen Redaktion bürgerliche Magazine voranzujagen.

Rechtsanwalt Otto Landsberg

spricht am

Sonntag den 7. Juni 1903, nachmittags 4 Uhr im „Odeum“

in Halberstadt

